

Beschlussempfehlung und Bericht des Verkehrsausschusses (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/10610 –**

Damit Mobilität nicht zum Luxus wird – Für einen bezahlbaren Autoführerschein

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag vorgelegt, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, verschiedene Maßnahmen zur Änderung der Rahmenbedingungen für Fahrschulen zu ergreifen. So sollten etwa die Kosten für den Führerscheinwerb eingedämmt, die Abläufe reibungsloser gestaltet und mehr Prüftermine geschaffen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10610 abzulehnen.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Der Verkehrsausschuss

Udo Schiefner
Vorsitzender

Mathias Stein
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Mathias Stein

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/10610** in seiner 157. Sitzung am 14. März 2024 beraten und dem Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Wirtschaftsausschuss und dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der Fraktion der CDU/CSU sei die Pkw-Fahrerlaubnis gerade im ländlichen Raum eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und Wohlstand. Die Fahrschulen seien die zentralen Akteure, damit die Menschen diese Voraussetzung für die motorisierte individuelle Mobilität erlangen könnten. Die Rahmenbedingungen für die Tätigkeiten der Fahrschulen führten aber zu nicht notwendiger Bürokratie und erschwerten die effiziente und zukunftsgerichtete Fahrausbildung. Weiterhin hätten sich die Kosten für den Erwerb des Führerscheins in Deutschland seit 2017 fast verdoppelt und Terminstau bei den Fahrprüfungen führe zu monatelangen Wartezeiten.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung u. a. dazu auffordern, bestimmte Weiterbildungsmöglichkeiten von Fahrlehrerinnen und -lehrern zu erleichtern, die Fahrerlaubnisprüfung für andere Anbieter zu öffnen, Maßnahmen zur Flexibilisierung des Ausbildungsplans zu ergreifen, im ländlichen Raum für den Erhalt und den Ausbau des wohnortnahen Fahrschulangebots zu sorgen, Digitalisierungsmaßnahmen umzusetzen und die Einführung einer frühen Verkehrserziehung im schulischen Lehrplan bei den Ländern anzuregen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 16. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verkehrsausschuss hat in seiner 69. Sitzung am 10. April 2024 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zum Antrag auf Drucksache 20/10610 beschlossen. Im Verlauf der Anhörung, die der Verkehrsausschuss in seiner 75. Sitzung am 10. Juni 2024 durchgeführt hat, wurde folgenden Auskunftspersonen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben:

- Michael Bahr, Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt);
- Ahmed Baziou, Verband Innovativer Fahrschulen Deutschland VIFD e. V., Präsident;
- Bernd Blonsky, Fahrlehrer;
- Ulrich Chiellino, Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC), Leiter Verkehrspolitik;
- Richard Goebelt, TÜV-Verband e. V., Mitglied der Geschäftsführung und Fachbereichsleiter Fahrzeug und Mobilität;

- Jürgen Kopp, Bundesvereinigung der Fahrlehrerverbände e. V. (BVF), Vorsitzender;
- Michael Müller-Görnert, Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD), Verkehrspolitischer Sprecher
- Marc-Philipp Waschke, ACE Auto Club Europa e. V., Referent Verkehrspolitik.

Die vorab zur Verfügung gestellten, schriftlichen Stellungnahmen der Auskunftspersonen sind auf der Internetseite des Verkehrsausschusses abrufbar. Hinsichtlich der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung wird auf das Wortprotokoll verwiesen, das ebenfalls auf der Internetseite des Verkehrsausschusses veröffentlicht wurde.

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/10610 in seiner 85. Sitzung am 16. Oktober 2024 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** betonte, das Problem liege nicht nur bei den grundsätzlich sehr hohen Kosten für die Erlangung eines Führerscheins, sondern auch darin, dass viele junge Menschen die Prüfungen nicht bestünden. Die theoretische Prüfung werde von fast 50 %, die praktische Prüfung von etwa 40 % der Prüflinge nicht bestanden. Das führe zu weiteren Kostensteigerungen für die Menschen. Derzeit evaluiere die Bundesanstalt für Straßenwesen die Fahrschüler-Ausbildungsordnung. Dabei müsse auch die Rolle der Kommunen als Führerscheinbehörden, die für die Aufsicht über die Fahrschulen und das Prüfungswesen zuständig seien, in den Blick genommen werden.

Der geforderte Einsatz von Fahr simulatoren werde kritisch gesehen. Das führe zu zusätzlichen Investitionen für die Fahrschulen, die refinanziert werden müssten. Das Ziel der Kostensenkung könne damit kaum erreicht werden. Der Frage, wie die Kosten für den Führerscheinwerb tatsächlich gesenkt werden könnten, müsse vertieft nachgegangen werden. Möglicherweise könne die Attraktivität von Bundeswehr oder Bundesfreiwilligendienst dadurch erhöht werden, dass den Menschen im Rahmen ihrer Dienste der Führerscheinwerb teilweise finanziert werde. Die Politik könne zur Kostensenkung nur durch ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten beitragen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies auf die Zahl der zugelassenen Pkw und die hohe Zahl von Führerscheinprüfungen. Die Nachfrage nach individueller Mobilität mit dem Pkw sei hoch. Dem müsse die Politik insbesondere dann Rechnung tragen, wenn sich die Kosten für den Zugang dazu stetig erhöhten. Ein Führerschein koste bis zu 4.500 Euro. Die Kostensteigerungen in den letzten Jahren seien immens. Dabei sei problematisch, dass immer weniger Fahrschülerinnen und -schüler die Kosten selbst aufbringen könnten. Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Führerscheins als Instrument zur gesellschaftlichen Teilhabe sei dies besorgniserregend.

Auch die hohen Durchfallquoten seien problematisch. Das Fahrerlaubniswesen müsse überarbeitet werden, um den Bedürfnissen der Fahrschülerinnen und -schüler Rechnung zu tragen. Die im Antrag enthaltenen Vorschläge zur Digitalisierung des Unterrichts, für Vereinfachungen in der theoretischen und praktischen Ausbildungszeit, für eine Erhöhung der Zahlen von Prüferinnen und Prüfer, für eine Entlastung der Fahrlehrerinnen und -lehrer und zur Steigerung der Verkehrssicherheit knüpften daran. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen sei wissenschaftlich bestätigt worden.

Die kostensenkende Wirkung des Einsatzes von Fahr simulatoren sei von der Bundesanstalt für Straßenwesen in der öffentlichen Anhörung bestätigt worden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, die Bundesanstalt für Straßenwesen habe deutlich gemacht, dass individuelle Lernstandskontrollen sinnvoll wären, um die Durchfallquoten zu senken, und dass Fahr simulatoren einen Beitrag leisten könnten, wobei darauf geachtet werden müsse, dass sich deren Einsatz nicht negativ auf die Ausbildungsqualität und die Verkehrssicherheit auswirke. Die Erweiterung des Berufsbilds der Prüferinnen und Prüfer sei Gegenstand des Gesetzgebungsverfahrens zum Bürokratieentlastungsgesetz. Damit sollten Engpässe bei Prüfterminen verhindert werden.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, die antragstellende Fraktion zeichne in ihrer Öffentlichkeitsarbeit das Bild, staatlich verordnete Gebühren seien für die hohen Kosten im Zusammenhang mit dem Führerscheinwerb verantwortlich. Das sei falsch. Der Anteil liege bei 5 %.

Um die Kosten senken zu können, müssten die Grundvoraussetzungen der Fahrschülerinnen und -schüler in den Blick genommen werden, die diese mitbrächten. Ein Fahr simulator sein nur dann sinnvoll, wenn eine Fahrschule damit Kosten sparen könnte. Nur dann könnten damit die Gesamtkosten für den Führerscheinwerb positiv beeinflusst werden.

Das Führerscheinmonopol sei nicht mehr zeitgemäß. Allerdings seien hier auch die Länder in der Verantwortung. Die Bundesregierung habe das Thema bis zur Beschlussreife in der Verkehrsministerkonferenz vorangetrieben, wo es dann aber an den Ländern gescheitert sei. Die Länder seien vor Ort dafür zuständig, die entsprechenden Landesgesetze zu ändern.

Der Antrag zielen weiterhin darauf ab, die vorhandenen Strukturen bei den Fahrschulen zu zementieren. Das werde nicht zur Senkung der Führerscheinkosten beitragen.

Die **Fraktion der AfD** hob hervor, die individuelle Mobilität mit dem Pkw trage insbesondere im ländlichen Raum zur Existenzsicherung bei. Der gesellschaftliche und politische Trend, junge Menschen von der Nutzung des Autos abzuhalten und die Nutzung des kollektiven Verkehrs anzupreisen, werde kritisiert. Der vorliegende Antrag gehe gegen diesen Trend teilweise vor, weswegen man zustimmen werde.

Nach Auskunft des Sachverständigen Blonsky verfügten Fahrschülerinnen und -schüler nur über einen sehr geringen Vorkenntnisstand, mit dem sie ihre Ausbildung begännen. Das Wissen über den Straßenverkehr sei immer weniger vorhanden. Grundlegende Kenntnisse müssten erst vermittelt werden, bevor die eigentliche Ausbildung beginnen könne. Die Durchfallquoten seien eindeutig zu hoch. Diesbezüglich bedürfe es einer gründlichen Ursachenforschung. Auch beeinflusse die Dauer der Ausbildung die Höhe der Führerscheinkosten.

Die **Gruppe Die Linke** erkennt das Problem an. Der Erwerb eines Führerscheins, den viele Menschen benötigten, sei stark von den finanziellen Möglichkeiten der jeweiligen Person abhängig. Das sei nicht akzeptabel. Der Antrag ändere an diesem Problem aber nichts. Und auch die hohen Durchfallquoten müssten eher im Zusammenhang mit dem Bildungssystem gesehen werden. Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen, wie etwa die Digitalisierung des Unterrichts oder der Einsatz von Simulatoren, seien sinnvoll, wenn sie etwa zur Kostensenkung beitragen.

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe beschäftige sich bereits mit verwaltungsrechtlichen Fragen in diesem Zusammenhang. Weiterhin werde eine Novellierung der Fahrschüler-Ausbildungsordnung in der Fachöffentlichkeit diskutiert.

Der Kritik von ver.di und vom TÜV an der Forderung, den Kreis von Personen als Prüferinnen und Prüfer zu erweitern, schließe man sich an. Das führe eher zu einem Rückgang der Qualität bei der Fahrerlaubnisprüfung.

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10610.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Mathias Stein
Berichterstatter

